Stadt Osnabrück

P r o t o k o l l

über die öffentliche Sitzung

des Bürgerforums Gartlage, Schinkel (-Ost), Widukindland (20)

am Dienstag, 22. Oktober 2013 Dauer: 19.30 Uhr bis 21.15 Uhr
Ort: Kinder-, Jugend- und Familien-Zentrum Heinz-Fitschen-Haus, Heiligenweg 40

Teilnehmer/-innen

Sitzungsleitung:	Frau Bürgermeisterin Strangmann
von der Verwaltung:	Herr Stadtrat Otte, Vorstand für Städtebau, Umwelt/Klimaschutz, Feuerwehr und Ordnung Herr Kunze, Fachbereich Soziales und Gesundheit, Fachbereichsleiter Herr Werges, Fachbereich Umwelt und Klimaschutz / Fachdienst Ordnungsbehördlicher Umweltschutz
von der Stadtwerke Osnabrück AG:	Herr Dr. Rolfes, Vorstand Verkehr
Protokollführung:	Frau Hoffmann und Herr Goedecke, Büro für Ratsangelegenheiten

T a g e s o r d n u n g

TOP	Betreff
1	Bericht aus der letzten Sitzung
2	Von Bürgern etc. angemeldete Tagesordnungspunkte
	a) Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h Höhe "Haus Schinkel" Buersche Straße 88-96
	b) Einbahnstraße für Kanonenweg / Schinkelstraße / Wissinger Straße / Kreuzstraße
	c) Straße Im Fange: Parkfläche statt hässliche Holzpfosten
	d) Grünbewuchs auf Bürgerstreifen am Bahndamm bzw. an Bahnflächen: Tannenburgstraße / Hamburger Straße
	e) Straßenbeschilderung/Führung Liebigstraße - Ecke Nonnenpfad
	f) Unterbringung syrischer Flüchtlinge
	g) Baustelle an der Tiefstraße
	h) Hochwasserschutz an der Hase und ihrer Zuläufe
	i) Großspielplatz Hasepark
	j) Radwegeverlauf Buersche Straße
	k) Straßenmarkierungen Belmer Straße im Bereich Schinkeler Friedhof
	l) Rosenburg: Verschandelung des Stadtteils durch nicht fertig gestellte Baustellen im Umfeld
3	Stadtentwicklung im Dialog
4	Anregungen und Wünsche (aus der Sitzung)
	a) Leerstand von Wohnungen
	b) Schinkeler Friedhof: Beschädigte Regenrinne am Eingang
	c) Weberstraße: Oberflächenentwässerung
	d) Sammelbehälter für Laub
	e) Straßenbäume an der Tannenburgstraße

Frau Strangmann begrüßt ca. 40 Bürgerinnen und Bürger sowie die weiteren anwesenden Ratsmitglieder - Herr Bertels, Frau Pieszek, Frau Schiller, Herr Sommer - und stellt die Verwaltungsvertreter vor.

1. Bericht aus der letzten Sitzung (TOP 1)

Frau Strangmann verliest den Bericht aus der letzten Sitzung am 27.02.2013 mit den Stellungnahmen der Fachdienststellen zu den Anfragen und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger (siehe Anlage). Der Bericht wurde vor Sitzungsbeginn für die Besucher ausgelegt.

a) Zum Tagesordnungspunkt **„Containerstandort am Parkplatz des Schinkeler Friedhofs“** (1 e) berichtet Herr Friderici, dass seitlich am Weg zum Edekamarkt noch Müll liegt. Er bittet die Verwaltung darum, nochmals den Betreiber des Marktes anzusprechen, ob evtl. öfters als 1x monatlich eine Reinigung durchgeführt werden könnte.

Herr Otte berichtet, dass er vor der Sitzung den Weg besichtigt habe. Aufgrund des Rückschnitts des Grünbewuchses könne man nun sehen, dass dort noch einige Müllreste liegen. Der erhöhten Pflege- und Reinigungsintervalle an diesem Weg durch den Verbrauchermarkt seien schon begrüßenswert. Er teilt mit, dass er die Anregung weitergeben werde.

Herr Friderici dankt der Verwaltung für den Einsatz.

b) Zum Tagesordnungspunkt **„Grünanlage an der Buersche Straße Nr. 84“** (1 f) fragt Herr Friderici, ob durch die geänderte Nutzung (Bau einer Zufahrt statt Grünfläche) eine Ausgleichsmaßnahme erforderlich wird, und falls ja, in welcher Form bzw. an welchem Ort sie durchgeführt wird.

Anmerkung der Verwaltung zum Protokoll:
Ausgleichsmaßnahmen werden nicht gefordert und sind auch rechtlich nicht erforderlich.

c) Zum Tagesordnungspunkt „**Neubau der Brücke Hamburger Straße“** (1 h) berichtet ein Bürger, dass sich vor und nach der Brücke jeweils ein Buckel in der Form eines Maulwurfshügels im Straßenbelag befindet. Aus Gründen der Verkehrssicherheit sollten diese schnellstmöglich beseitigt werden.

2. Von Bürgern etc. angemeldete Tagesordnungspunkte (TOP 2)

Aus organisatorischen Gründen wurde der Tagesordnungspunkt **2 f)** zu Beginn der Sitzung vorgezogen.

2 f) Unterbringung syrischer Flüchtlinge

Herr Schweer erkundigt sich nach der geplanten Unterbringung syrischer Flüchtlinge und regt eine Unterbringung dieser in den Stadtteilen Westerberg und Voxtrup an.

Herr Kunze nimmt Stellung zu der Anfrage und gibt einen Überblick über die zugrundeliegende Thematik. Er legt dar, dass es sich bei der Unterbringung von Flüchtlingen um eine staatliche Aufgabe handelt, die den Kommunen vom Land übertragen wird. Er erläutert, dass es derzeit viele Krisenherde auf der Welt gebe, und dies dazu führe, dass die Zahl von Flüchtlingen insgesamt zunehme. Die gesamte Anzahl der in Deutschland ankommenden Flüchtlinge werde über Verteilungsschlüssel auf die Bundesländer und von diesen über einen weiteren Verteilungsschlüssel in den jeweiligen Bundesländern verteilt. Die Quote richte

sich nach der Einwohnerzahl der Kommunen im Land. Dies solle eine gleichmäßige Verteilung der Lasten gewährleisten. Er stellt klar, dass es sich bei den derzeit ankommenden Flüchtlingen nicht nur um Menschen aus Syrien handelt, sondern dass auch viele Flüchtlinge aus dem Irak, Iran oder aus Afrika in Deutschland Schutz suchen. Er weist darauf hin, dass diese Menschen in ihren Heimatländern aus unterschiedlichen Gründen verfolgt werden.

Aufgrund der unterschiedlichen Herkunft der Flüchtlinge versuche die Stadt, diese möglichst sozialverträglich unterzubringen. Das heißt, es werde versucht, in den einzelnen Wohnquartieren keine Gruppen zusammen unterzubringen, zwischen denen Konflikte möglich seien. Er betont, dass dies momentan gut funktioniere.

Er berichtet, dass die Stadt momentan circa 400 Wohnplätze zur Unterbringung von Flüchtlingen zur Verfügung habe. Von diesen seien bereits etwa 200 Plätze belegt. Gemäß der Zuweisungsquote des Landes, sei die Stadt jedoch zur Unterbringung von 340 weiteren Flüchtlingen verpflichtet. Demnach würden im Augenblick noch 140 Wohnraumplätze fehlen. Er weist darauf hin, dass das Land augenblicklich Probleme mit der Unterbringung habe. Aufgrund der Steigerung der Flüchtlingsströme bekomme die Stadt mittlerweile erst 14 Tage vor der Ankunft neuer Flüchtlinge eine Nachricht vom Land. Dies liege darin begründet, dass die Übergangsquartiere des Landes, wie beispielsweise das Übergangsquartier in Bramsche, schnell wieder zur Aufnahme neuer Flüchtlinge zur Verfügung stehen müssten.

Er erläutert, dass die Stadt seit einem Jahr nach geeigneten Unterbringungsmöglichkeiten suche. Rat und Verwaltung seien sich dabei darüber einig, dass die Flüchtlinge möglichst gleichmäßig im gesamten Stadtgebiet verteilt werden sollten. Allerdings sei der Wohnungsmarkt augenblicklich problematisch. Bei der Suche nach geeignetem Wohnraum sei die Stadt auf Wohnungsangebote angewiesen. Diese müssten in einem hinnehmbaren Zustand sein, aber gleichzeitig zu einem angemessenen Preis angemietet werden können.

Er nennt einige Beispiele für Wohnungen, die erfolgreich von der Stadt angemietet worden seien. Er erklärt, dass ein Haus am Heiligenweg zur Unterbringung von Flüchtlingen angemietet werden konnte. Im Stadtteil Schölerberg gebe es ein Haus an der Meller Straße und eines An der Petersburg. Hinzu kämen einige Appartements, die der Stadt von der ESOS GmbH auf dem Gelände der ehemaligen Landwehrkaserne zur Verfügung gestellt worden seien. Er sagt, dass es in einigen Stadtteilen eine leichte Verdichtung gebe, allerdings sei es bislang zu keinen Problemen gekommen.

Er berichtet im Weiteren, dass die Verwaltung vom Rat den Auftrag bekommen habe, ein Wohnraumversorgungskonzept für Flüchtlinge zu erstellen.[1] Ein Bestandteil des bisherigen Entwurfes sei auch die Einrichtung einer Koordinierungsstelle, welche dann die Aufgabe hätte, eventuell entstehende Konflikte zu lösen und die Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure und Träger zu koordinieren. Er betont, dass die Verwaltung für eine erfolgreiche Aufnahme der Flüchtlinge auf die Hilfe aller angewiesen sei. Als positives Beispiel nennt er die Atterstraße, an der das Jugendzentrum Westwerk seine Unterstützung für die an der Atterstraße untergebrachten Flüchtlinge anbiete. Auf die Anregung, auch Wohnungen in den Stadtteilen Voxtrup oder Westerberg anzumieten, antwortet er, dass es in diesem Bereich keine Angebote von Vermietern gebe. Auf solche Angebote sei die Stadtverwaltung allerdings angewiesen.

Frau Strangmann erläutert, dass seitens der Stadt Osnabrück die Intention bestehe, mehr zu machen, als nur den gesetzlichen Auftrag zu erfüllen. So sollen Sammelunterkünfte auf Dauer möglichst vermieden werden. Ziel sei es, die Flüchtlinge möglichst schnell in Wohnungen unterzubringen.

[1] Für weitergehende Informationen siehe Tagesordnungspunkt 4.5 der Ratssitzung am 05.03.2013 „Konzept zur Integration und Unterbringung von Flüchtlingen“ - www.osnabrueck.de/ris

Herr Kunze bestätigt dies. Er weist allerdings darauf hin, dass diese Wohnungen auch angemessen sein müssen. Bei der Suche nach geeigneten Wohnungen stünden die Flüchtlinge in Konkurrenz mit anderen Bedürftigen. Deshalb sei die Suche nicht ganz einfach.

Ein Bürger erkundigt sich, was die Stadt zu unternehmen gedenke, wenn nicht mehr ausreichend Wohnraum zur Verfügung stehe.

Herr Kunze legt dar, dass dann als letzte Alternative unter Umständen Wohncontainer eingesetzt werden müssten. Er betont allerdings, dass dies vermieden werden solle, soweit dies möglich sei. Er berichtet, dass die Qualität von Wohncontainern zugenommen habe. Heutzutage seien sehr gute Container erhältlich. Er erläutert, dass die Frage der Unterbringung der Flüchtlinge letztendlich auch eine Kostenfrage sei. Die vom Land für die Unterbringung der Flüchtlinge bereitgestellte Pauschale reiche bei weitem nicht aus, um die Kosten für die Unterbringung zu decken. Dies stelle eine weitere Belastung für den bereits defizitären Haushalt der Stadt dar.

Ein Bürger regt an, zu prüfen, ob die Unterbringung von Flüchtlingen auf dem Gelände der ehemaligen Kaserne im Stadtteil Dodesheide möglich sei. Er weist darauf hin, dass dort zurzeit ein Leerstand bestehe.

Herr Kunze berichtet, dass diese Möglichkeit bereits geprüft worden sei. Dabei sei aufgefallen, dass die dort vorhandenen Wohnungen sehr feucht seien. Insgesamt sei ein starker Schimmelbefall festgestellt worden. Deshalb komme eine Unterbringung von Flüchtlingen dort nicht in Frage.

Ein Bürger erklärt, dass die Unterbringung von Flüchtlingen nicht das Hauptproblem darstelle. Fraglich sei vielmehr, wie es langfristig weitergehen solle. Er berichtet, dass es an der Schule am Heiligenweg einen hohen Anteil von Schülern mit Migrationshintergrund gebe. Eine Integration sei so nicht einfach.

Herr Kunze erklärt, dass sich die Stadt sich um die Zuweisung von Familien beworben habe. Außerdem habe man sich um die Zuweisung sogenannter Resettlement-Flüchtlinge beworben, welche schon eine Aufenthaltsgenehmigung besitzen und möglichst dauerhaft integriert werden sollen. Im Augenblick handele es sich bei den eintreffenden Flüchtlingen überwiegend um männliche Erwachsene. Er bestätigt, dass die Integration der Flüchtlinge ein sehr wichtiger Punkt sei. Hier solle die geplante Koordinierungsstelle wichtige Unterstützung leisten. Er informiert, dass über den zugrundeliegenden Konzeptentwurf in der Ratssitzung am 17.12.2013 diskutiert werden solle.

Ein Bürger erkundigt sich, ob aufgrund der begrenzten finanziellen Mittel, die seitens der Stadt für die Unterbringung von Flüchtlingen zur Verfügung stehen, eine Unterbringung von Flüchtlingen in einigen Stadtteilen aufgrund des dortigen Mietpreisspiegels von vornherein ausgeschlossen sei.

Herr Kunze erläutert nochmals, dass die Stadt auf die Angebote von Vermietern angewiesen sei. Neben der Qualität der Wohnungen müsse auch der Mietpreis angemessen sein.

2 a) Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h Höhe "Haus Schinkel" Buersche Straße 88-96

Herr Siefke weist auf Geschwindigkeitsüberschreitungen durch PKW und Motorräder in einem Bereich der Buersche Straße hin. Er fordert in diesem Bereich eine Begrenzung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit auf 30 km/h.

Herr Otte erläutert die Stellungnahme der Verwaltung. Er berichtet, dass mit der Inbetriebnahme der Senioreneinrichtung „Haus Schinkel“ auch die Verkehrssituation an der Buerschen Straße in diesem Abschnitt neu aufgenommen und bewertet worden sei. Dabei sei besondere Aufmerksamkeit darauf gelegt worden, für Fußgänger (ggf. auch für leistungseingeschränkte Personen) sichere Überquerungsmöglichkeiten anzubieten. Deshalb sei eine Mittelinsel in Höhe Kanonenweg gebaut worden. Hinzu seien die bereits vorhandenen, gesicherten Überquerungsmöglichkeiten in Höhe Oststraße gekommen. Andere Überquerungshilfen, wie Zebrastreifen oder Fußgängersignalanlage seien geprüft, letztlich aber nicht für realisierbar gehalten worden, weil die sicherheitstechnischen Rahmenbedingungen fehlten bzw. der finanzielle Aufwand nicht zu rechtfertigen gewesen sei.

Außerdem seien in den vergangenen Jahren Geschwindigkeitsmessungen an der Buerschen Straße im Abschnitt zwischen der Einmündung Kölner Straße und Oststraße durchgeführt worden. Der Fachbereich Bürger und Ordnung habe bei insgesamt fünf Geschwindigkeitsmessmaßnahmen in 2013 festgestellt, dass von den insgesamt 2.599 gemessenen Fahrzeugen lediglich 46 (= 1,8 %) vorwerfbar zu schnell gewesen seien. Dies sei eine sehr geringe Quote. Der Fachbereich Städtebau habe 2011 ebenfalls Geschwindigkeiten gemessen. Dabei sei festgestellt worden, dass die sogenannte v_{85} - das ist die Geschwindigkeit, die von 85% der erfassten Fahrzeuge unterschritten wurde - bei 51 bzw. 53 km/h gelegen hat. Dies sei für einen Tempo- 50-Bereich ein vergleichsweise guter Wert.

Grundsätzlich halte die Verwaltung die Beibehaltung der allgemeinen, innerhalb geschlossener Ortschaften geltenden Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h auch in diesem Bereich weiterhin für angemessen. Ein besonderes Risiko, das weit über das übliche Verkehrsrisiko innerhalb von Städten hinaus gehen würde, sei weder aufgrund erheblich überhöhter Geschwindigkeiten, noch wegen einer besonderen Gefahrenlage für Fußgänger zu erkennen. Für Fußgänger seien geeignete und sichere Überquerungshilfen vorhanden. Andererseits sei die Buersche Straße eine Hauptverkehrsstraße und auch deshalb müsse es bei der in der Straßenverkehrsordnung vorgesehenen Standardhöchstgeschwindigkeit für Vorfahrtstraßen verbleiben.

Abschließend sagt er, dass die Verwaltung aus diesen Gründen derzeit keine Möglichkeit sehe, dem geäußerten Wunsch zu entsprechen.

Herr Siefke regt an, ein Hinweisschild im Bereich vor dem Seniorenwohnheim anzubringen, um auf dieses hinzuweisen.

Herr Otte weist darauf hin, dass derzeit der gesetzliche Auftrag bestehe, die Zahl der Schilder im Verkehrsraum zu reduzieren. In diesem Zusammenhang müssten auch die Schilder im Stadtgebiet auf ihre jeweilige Notwendigkeit überprüft werden. Er erklärt sich jedoch bereit, diese Anregung zur Überprüfung weiterzugeben.

Herr Friderici sagt, dass nicht die in diesem Bereich gefahrenen Geschwindigkeiten problematisch seien, sondern dass vielmehr die Verkehrsbelastung zu hoch sei. Deshalb sei es wichtig, dass der Lückenschluss der A33 forciert werde. Zudem weist er darauf hin, dass die in dem Bereich vorhandene Verkehrsinsel stadteinwärts durch das optische Hindernis, welches sie darstelle, zu einer Beruhigung des Verkehrs beitrage. In der Richtung stadtauswärts sei dies aufgrund der baulichen Beschaffenheit der Verkehrsinsel nicht der Fall. Er regt deshalb an, die Verkehrsinsel in stadtauswärtiger Richtung baulich so umzugestalten oder zu vergrößern, dass diese ein optisches Hindernis darstellt und so zur Beruhigung des Verkehrs beitragen könne.

2 b) Einbahnstraße für Kanonenweg / Schinkelstraße / Wissinger Straße / Kreuzstraße

Herr Siefke bittet darum, die genannten Straßen in Einbahnstraßen umzuwandeln, weil diese von einigen Verkehrsteilnehmern als Abkürzung genutzt werden.

Herr Otte erläutert die Stellungnahme der Verwaltung. Er sagt, dass in den genannten Straßen zunächst Erhebungen durchgeführt werden müssten, um die Aussagen mit Fakten unterlegen zu können. Zu erfassen seien hier insbesondere die Verkehrsmenge sowie die Geschwindigkeiten.

Auf Grundlage der so ermittelten Ergebnisse würden dann ggf. Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung entwickelt werden, sofern die erhobenen Daten dieses rechtfertigen würden. Die Ausweisung als Einbahnstraßen werde jedoch als problematisch angesehen, da dieses automatisch mit Einschränkungen in der Erreichbarkeit bzw. Umwegfahrten verbunden sei, was wiederum zu Mehrbelastungen auf anderen Straßenabschnitten führe. Hinzu komme, dass der Querschnitt der genannten Straßen nicht unbedingt für die Einrichtung von Einbahnstraßen geeignet sei. Im Fall einer Realisierung würden voraussichtlich umfangreiche Umbaumaßnahmen erforderlich werden, um den Straßenverlauf so zu beruhigen, dass die Einrichtung von Einbahnstraßen nicht zu noch höheren Geschwindigkeiten auf Seiten einiger Autofahrer führen würde.

Er erklärt, dass zunächst Erhebungen durchgeführt werden sollen. Allerdings könne noch nicht genau gesagt werden, wann die Durchführung dieser Erhebungen möglich sei. Derzeit lägen im gesamten Stadtgebiet mehrere Anfragen zur Überprüfung der Verkehrssituation vor. Aufgrund der begrenzten Kapazitäten könne nicht allen Anfragen sofort entsprochen werden. Abschließend sagt er, dass die Ergebnisse der Erhebungen in diesen Straßen mitgeteilt werden, sobald diese vorliegen.

2 c) Straße Im Fange: Parkfläche statt hässliche Holzpfosten

Herr Freund fordert die Einrichtung von Parkflächen anstelle der in der Straße im Fange aufgestellten Begrenzungspfosten.

Herr Otte erläutert zunächst die Stellungnahme der Verwaltung. Er legt dar, dass die Holzpoller im Bereich der Grünfläche an der Straße „Im Fange“ aufgestellt worden seien, um die Fremdnutzung der Grünfläche und insbesondere das Befahren und Beparken dauerhaft zu verhindern. So könnten Bodenverdichtungen und Wurzelverletzungen, die langfristig zu irreparablen Schäden an den Bäumen führen würden, wirksam unterbunden werden.

Die vorgeschlagene Befestigung des in Rede stehenden Grünstreifens mit Rasengittersteinen zur Schaffung von zusätzlichen Parkmöglichkeiten hätte vergleichbare negative Auswirkungen auf den schützenswerten Baumbestand und sollte vor diesem Hintergrund in der Abwägung der Interessen zurückstehen. Er erklärt, dass der in diesem Bereich vorhandene Parkraum für die vorhandene Wohnungsdichte ausreichend sei.

Ein Bürger widerspricht dem. Er berichtet, dass die Parksituation insbesondere in der Tiemannstraße und in der Corthausstraße problematisch sei. In diesen Straßen stehe zu wenig Parkraum zur Verfügung und die Straßen seien oft durch parkende Autos versperrt. Dies sei insbesondere auch für Feuerwehrfahrzeuge oder Rettungswagen kritisch, die in einer Notsituation unter Umständen nicht ihren Zielort erreichen könnten. Er sagt, dass in dem Bereich viele Menschen wohnen und fragt, warum nicht mehr Parkflächen für die Anwohner geschaffen werden. Er weist darauf hin, dass an der Tiemannstraße Grünflächen vorhanden seien, die nicht an Bäume angrenzen würden und so unter Umständen für die Schaffung von Parkflächen geeignet wären.

Herr Otte erklärt, dass es insbesondere auch aufgrund der immer weiter steigenden PKW-Zahlen nicht möglich sei, überall ausreichend Parkraum zur Verfügung zu stellen. Ziel sei es,

ein gesundes Mittelmaß zwischen Grünflächen, Parkraum und Wohnraum zu schaffen. Er weist darauf hin, dass es sich hier um ein älteres Wohngebiet handele. Früher habe hier noch nicht durchschnittlich jede Wohnung zwei Autos besessen, sondern eher jede zweite Wohnung nur ein Auto. Diese Entwicklung trage dazu bei, dass der Parkraum knapp werde. Zur Einrichtung von Parkflächen an der Tiemannstraße weist er darauf hin, dass es sich bei den dort vorhandenen Grünflächen um private Grundstücke handele. Deshalb könne die Stadt dort keine Parkflächen schaffen. Eine solche Entscheidung sei Sache der Eigentümer.

Ein Bürger berichtet, dass die Poller aufgestellt worden seien, weil im Rahmen von Bauarbeiten, die vor einiger Zeit in dem Gebiet vorgenommen worden seien, vermehrt Autos auf den Grünflächen am Finkenweg geparkt hätten. Hier habe es sich allerdings um eine Ausnahmesituation gehandelt, da aufgrund der Baustelle der Parkraum noch weiter begrenzt worden sei. Er sagt, dass vorher und auch nach den Bauarbeiten in der Regel der Grünstreifen nicht als Parkfläche für Autos genutzt worden sei. Er kritisiert die eingesetzten Poller und bittet darum, diese wieder zu entfernen.

Herr Otte legt dar, dass die Notwendigkeit, Poller zur Verhinderung von wild parkenden Autos einzusetzen, unerfreulich, aber leider erforderlich sei. Er berichtet, dass andere Maßnahmen oft nicht zu dem gewünschten Ergebnis führen würden.

2 d) Grünbewuchs auf Bürgerstreifen am Bahndamm bzw. an Bahnflächen: Tannenburgstraße / Hamburger Straße

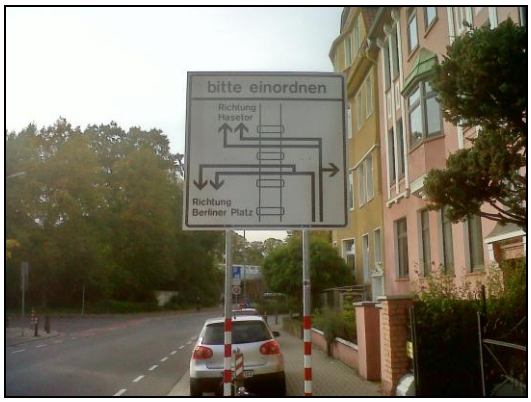
Herr Schweer und Herr Friderici weisen auf starken Grünbewuchs an der Tannenburgstraße und der Hamburger Straße hin.

Frau Strangmann berichtet, dass der Rückschnitt des Grünbewuchses an der Hamburgerstraße inzwischen vom Osnabrücker ServiceBetrieb vorgenommen wurde. Des Weiteren sei mittlerweile auch eine vertragliche Vereinbarung mit der Deutschen Bahn AG getroffen worden, nach der das gemeinsame Projekt „Rückschnitt von Ästen und Büschen“ im Bereich von Gehwegen/angrenzenden Bahndämmen in 2013/2014 fortgesetzt werde.

2 e) Straßenbeschilderung/Führung Liebigstraße - Ecke Nonnenpfad

Herr Schweer berichtet, dass an der Kreuzung Liebigstraße - Ecke Nonnenpfad eine unübersichtliche Verkehrsführung vorliegt und regt eine zusätzliche Beschilderung an.

Herr Otte erläutert zunächst die bisherige Entwicklung an der Kreuzung. Demnach sei die Zuordnung der verschiedenen Fahrspuren (zwei Linksabbiegemöglichkeiten) auf der Liebigstraße in Richtung Nonnenpfad und weiter – unter der Bahnbrücke hindurch – auf den Erich-Maria-Remarque-Ring in der Vergangenheit von Verkehrsteilnehmern verschieden ausgelegt worden und es sei dadurch regelmäßig zu kritischen Fahrmanövern gekommen. Abbieger aus beiden Spuren wollten in die linke Rechtsabbiegespur (in Richtung Hasetor) einfahren. Dieser Konflikt sei inzwischen durch Einbau einer Verkehrsinsel, durch Veränderung der Markierungen und durch einen Vorwegweiser entschärft worden. Er weist darauf hin, dass die gültige Spurzuteilung dem in der Liebigstraße vor der Kreuzung angebrachten Hinweisschild entnommen werden könne und veranschaulicht dies anhand eines Fotos von der Stelle (siehe Grafik unten).



Hinweisschild vor dem Kreuzungsbereich in der Liebigstraße

Er legt dar, dass ein Kraftfahrzeugführer, der dennoch aus der linken Spur in eine der beiden Rechtsabbiegespuren hinüber wechseln möchte, die Führungslinien überfahren müsste und das bedeute, dass ein Spurwechsel mit einer klaren Vorfahrtsregelung für den direkt fahrenden Verkehr vorhanden sei. Bei aufmerksamer und korrekter Fahrweise sollte es an dieser Stelle nicht mehr zu Konflikten kommen.

Für einen aufmerksamen Verkehrsteilnehmer sollte es auch kein Problem sein, den Vorwegweiser zu erkennen und die Spuraufteilung zu übernehmen. Sollte das jedoch nicht erfolgt sein, dann sei die Verkehrsführung in der Kreuzung ebenfalls noch eindeutig. Sowohl die Markierungen als auch die folgende Verkehrsinsel betonen die jeweilige Fahrtrichtung.

Er erklärt, dass sich die Situation an der Kreuzung durch die mittlerweile erfolgten Maßnahmen erheblich verbessert habe. Eine weitere Einschränkung des Verkehrs sei hier aufgrund des hohen Verkehrsaufkommens nicht möglich. Eine Wiederholung des Hinweisschildes näher am Kreuzungsbereich sei ebenfalls nicht zielführend, da ein Spurwechsel dort aufgrund des hohen Verkehrsaufkommens in der Regel nicht mehr möglich sei und die korrekte Fahrtrichtung durch die Linienführung klar sei. Er erklärt, dass die Situation an der Kreuzung auch weiterhin beobachtet werde und falls dies notwendig werden sollte, weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Situation entwickelt werden müssten.

Eine Bürgerin weist darauf hin, dass die Situation an der Kreuzung insbesondere für Radfahrer problematisch sei. Durch die mittlerweile eingesetzten Maßnahmen habe sich die Situation bereits verbessert, allerdings sei die Kreuzung immer noch nicht ungefährlich für Radfahrer. Sie regt die Einrichtung eines gelenkten Fahrradstreifens an der Kreuzung an.

Herr Otte bestätigt, dass es sich bei der Kreuzung um einen komplizierten Knotenpunkt handelt. Er legt dar, dass der Querschnitt der Fahrbahn nicht für die Einrichtung eines Fahrradstreifens ausreiche. Er berichtet, dass es hier klare rechtliche Vorgaben gebe, die einzuhalten seien. Durch die umgesetzten Maßnahmen sei versucht worden, die Sicherheit für Radfahrer zu erhöhen. Als Beispiel nennt er die angepasste und frühere Ampelschaltung speziell für Radfahrer, die aus Richtung der Knollstraße kommen. Dadurch solle verhindert werden, dass diese in einen Konflikt mit anfahrenden LKW kommen.

Ein Bürger erkundigt sich, ob auch die Einrichtung eines Kreisverkehrs im Kreuzungsbereich geprüft worden sei.

Herr Otte bestätigt, dass auch diese Möglichkeit geprüft worden sei. Er legt dar, dass der an der Kreuzung vorhandene Platz nicht für die Einrichtung eines Kreisverkehrs ausreicht. Insbesondere durch die Nähe zu der Ampel am Wall könne es aufgrund des hohen Verkehrsaufkommens schnell zu einem Rückstau in den Kreisverkehr kommen.

Frau Strangmann sagt abschließend, dass man sich der schwierigen Situation an der Kreuzung bewusst sei. Durch die inzwischen umgesetzten Maßnahmen sei eine Verbesserung der Situation erreicht worden. Der Kreuzungsbereich werde jedoch auch weiterhin beobachtet, um weitere Maßnahmen entwickeln zu können, wenn dies notwendig werden sollte.

2 f) Unterbringung syrischer Flüchtlinge

siehe Seite 3 des Protokolls

2 g) Baustelle an der Tiefstraße

Herr Schweer erkundigt sich, wie lange es noch dauert, bis die Tätigkeiten an dieser Baustelle zu Ende gebracht werden können.

Herr Dr. Rolfes erklärt, dass der Kreuzungsbereich der Tiefstraße/Bruchdamm am 30.10.2013 freigegeben wird. Aufgrund einer hohen Auslastung der Straßenbaukolonnen sei ein früherer Termin nicht möglich gewesen. Aufgrund der Bodenverhältnisse sei die Grundwasserhaltung im gesamten Bereich sehr anspruchsvoll und verlangsame durch die Notwendigkeit des schrittweisen Einbringens der Spüllanzen die Tagesleistung der Tiefbaukolonne.

Ein weiterer Faktor für die längere Bauzeit sei der witterungsbedingte Ausfall während der Wintermonate gewesen, der im letzten Winter recht lang war.

Wo die Örtlichkeiten und der Bauablauf der Arbeiten es zugelassen haben, seien von der Tiefbaufirma zwei Kolonnen eingesetzt worden.

Außerdem berichtet er, dass die Kanalbauarbeiten in der 44. Kalenderwoche (also ab dem 28.10.) in der Halternstraße fortgesetzt werden. Die Bauarbeiten sollen, wenn es keine längeren witterungsbedingten Ausfallzeiten gibt, im Frühjahr 2014 abgeschlossen sein.

2 h) Hochwasserschutz an der Hase und ihrer Zuläufe

Herr Friderici, Vorsitzender des Bürgervereins Schinkel von 1912 e.V., berichtet von der Überlegung, Überflutungsbereiche im Bereich des Belmer Baches in Lüstringen aus dem Hochwasserschutz als Überflutungsgebiete herauszunehmen. Er befürchtet hierdurch eine erhöhte Gefährdung dicht besiedelter Bereiche im Stadtteil Schinkel.

Herr Werges berichtet, dass die Stadtverwaltung nach dem Starkregenereignis im August 2010 den Auftrag bekommen habe, zu prüfen, welche Maßnahmen zum Schutz der gefährdeten Bereiche im Stadtgebiet umgesetzt werden könnten. In diesem Zusammenhang werde auch die Errichtung einer Hochwasserschutzwand in Lüstringen geprüft. Er betont allerdings, dass es eine Voraussetzung vor der Umsetzung von Maßnahmen sei, dass diese keine Benachteiligung anderer Anlieger bewirken. Er sagt abschließend, dass der Endbericht dieser Überprüfung noch nicht vorliege.

Herr Friderici betont, dass im Falle der Verringerung von Überflutungsbereichen in Lüstringen entsprechende Ausgleichsflächen geschaffen werden müssten. Er weist auch darauf hin, dass das fragliche Gebiet schon immer als Überflutungsgebiet gekennzeichnet gewesen sei.

Herr Werges stellt klar, dass die Einrichtung von Ausgleichsflächen eine Voraussetzung vor der Umsetzung derartiger Maßnahmen sei.

2 i) Großspielplatz Hasepark

Herr Friderici, Vorsitzender des Bürgervereins Schinkel von 1912 e.V., fordert nach der Fertigstellung des Großspielplatzes Lerchenstraße die Errichtung des Großspielplatzes im Hasepark.

Frau Strangmann erläutert zunächst die Stellungnahme der Verwaltung. Sie erklärt, dass im Unterschied zum Großspielplatz Lerchenstraße, bei dem es anfangs - bis auf den kleinen Bolzplatz vor der Hermann-Nohl-Schule - keinerlei Angebote gegeben habe, im Bereich des Grünzuges Hasepark bereits einige attraktive Spielflächen existieren.

Neben den bereits vorhandenen zwei Kinderspielplätzen im Bereich Bessemer Straße/Mindener Straße und Bessemer Straße/Am Schützenhof sowie der Hockeyfläche an der Buersche Straße seien im vergangenen Jahr noch einige Fitnessgeräte entlang des Haseuferweges aufgestellt worden. Zudem werde derzeit im Bereich der Carl-Fischer-Straße der vorhandene Rasen-Bolzplatz zu einem ganzjährig bespielbaren Kunststoffplatz umgebaut. Somit sei die Grundsituation bereits erheblich aufgewertet worden. In den nächsten zwei Jahren seien zunächst keine weiteren Ergänzungen geplant, da die Zeit genutzt werden solle, um Erfahrungen mit dem ersten Großspielplatz an der Lerchenstraße zu sammeln, um diese in weitere Projekte einfließen lassen zu können.

Sie berichtet, dass beabsichtigt sei, im Jahr 2015 mit den konzeptionellen Überlegungen für einen „Großspielplatz Hasepark“ zu beginnen, insbesondere damit, inwiefern die bisherigen Angebote besser miteinander vernetzt und durch weitere Spieleinrichtungen sinnvoll und in attraktiver Form ergänzt werden können. Sie stellt klar, dass die Finanzierung des Großspielplatzes im Hasepark bereits im Spielplatzkonzept gesichert sei. Die vorgesehene Evaluierung sei sinnvoll, um zunächst überprüfen zu können, welche Angebote auf dem jetzt fertig gestellten Großspielplatz gut angenommen würden und wo noch Verbesserungsbedarf bestehe.

Des Weiteren berichtet sie über weitere geplante Maßnahmen in den Stadtteilen zur Verbesserung des Spielplatzangebotes in der Stadt. Sie erklärt, dass aktuell der Quartiersspielplatz am Gretescher Weg geplant werde. Die Planungsidee werde am 23.10.2013 um 16.30 Uhr auf dem zukünftigen Spielplatzgelände den interessierten Bürgern und Nachbarn vorgestellt. Bei dem Termin werden auch die Anregungen und Änderungswünsche aufgenommen und soweit machbar berücksichtigt.

Auf dem vorhandenen Spielplatz an der Corthausstraße werde die Pflasterfläche entsiegelt und mit Spielgeräten wie Schaukel, Sandwerkgerüst und Sprungmatte/Gurtsteg zusätzlich ausgerüstet. Die Umsetzung erfolge zum Ende des Jahres.

Im Bereich des Kinderspielplatzes Mönterstraße werde der Spielhügel mit vier weiteren Balanciergeräten ausgestattet. Diese Ergänzung sei nach den Wünschen der Nutzer geplant worden und werde Anfang November gebaut.

Herr Friderici betont zunächst, dass er dankbar für die von der Verwaltung durchgeführten Maßnahmen sei. Er habe seine Anfrage aus dem Grund gestellt, weil er darum bitten möchte, dass als nächster von den insgesamt drei vorgesehenen Großspielplätzen der Spielplatz im Hasepark verwirklicht werde. In diesem Bereich bestehe derzeit ein Problem mit den vorhandenen Bewegungsmöglichkeiten. Er weist darauf hin, dass dies auch im Spielplatzkonzept herausgestellt worden sei.

Frau Strangmann erklärt, dass diese Einschätzung von Politik und Verwaltung geteilt werde. Die Evaluierung des jetzt bereitgestellten Angebotes und hier insbesondere des bereits fertig gestellten Großspielplatzes Lerchenstraße, sei im Vorhinein wichtig, um bei den noch aus-

stehenden Maßnahmen eine größtmögliche Qualität gewährleisten zu können. Sie berichtet, dass das bereitgestellte Angebot bis jetzt gut angenommen werde.

2 j) Radwegeverlauf Buersche Straße

Herr Friderici, Vorsitzender des Bürgervereins Schinkel von 1912 e.V., erkundigt sich, welche weiteren Maßnahmen zur Verbesserung des Radwegeverlaufes an der Buersche Straße nach der Umsetzung einer ersten Maßnahme vorgesehen sind.

Herr Otte erläutert die Stellungnahme der Verwaltung. Er legt dar, dass die beiden Gefahrenstellen für Radfahrer im Bereich der Buersche Straße in diesem Jahr im Zuge des barrierefreien Umbaus der Bushaltestellen Humboldtstraße/HBF bzw. Alte Poststraße entschärft werden.

Für die Rechtsabbiegespur aus Richtung Berliner Platz in Richtung Buersche Straße gebe es zurzeit leider noch keine tragfähige Lösung, problematisch seien hier besonders die beengten Platzverhältnisse unter der Eisenbahnbrücke. Dadurch bestehe im Straßenquerschnitt nicht ausreichend Raum für die Einrichtung eines separaten Radweges. Er berichtet, dass derzeit einige Konzepte zur Verbesserung der Situation geprüft werden. Diese seien allerdings noch nicht vollends ausgereift und könnten somit noch nicht vorgestellt werden.

Herr Friderici erklärt, dass die bereits umgesetzte Maßnahme an der Bushaltestelle Humboldtstraße/HBF und die jetzt stattfindenden Umbaumaßnahmen an der Bushaltestelle Alte Poststraße positiv zu bewerten seien. Er betont allerdings, dass die noch vorhandene Gefahrenstelle aus Richtung Berliner Platz in die Buersche Straße weiterhin problematisch sei.

Herr Otte stellt klar, dass man sich seitens der Stadt Osnabrück der vorhandenen Problematik bewusst sei und dass im Moment Lösungsmöglichkeiten geprüft würden. Er gibt zu bedenken, dass Änderungen an einer Stelle in der Verkehrsführung oft Auswirkungen auf andere Bereiche entfalten. Deshalb seien alle möglichen Lösungsansätze vor einer Umsetzung genau zu prüfen.

2 k) Straßenmarkierungen Belmer Straße im Bereich Schinkeler Friedhof

Herr Friderici, Vorsitzender des Bürgervereins Schinkel von 1912 e.V., erkundigt sich, wann die Erneuerung der Straßenmarkierungen an der Belmer Straße im Bereich des Schinkeler Friedhofes durchgeführt wird.

Herr Otte berichtet, dass die Markierungsarbeiten inzwischen durchgeführt worden sind.

2 l) Rosenburg: Verschandelung des Stadtteils durch nicht fertig gestellte Baustellen im Umfeld

Herr Friderici, Vorsitzender des Bürgervereins Schinkel von 1912 e.V., kritisiert die unterbliebene Fertigstellung von Baustellen an der Schützenstraße und der Buersche Straße. Er erkundigt sich, welche Maßnahmen seitens der Stadtverwaltung ergriffen werden können, um auf eine Fertigstellung hinzuwirken.

Herr Otte erläutert die Stellungnahme der Verwaltung. Er sagt, dass die Verwaltung das Gespräch mit den Hauseigentümern suchen werde, um auf eine fachgerechte Fertigstellung der Baumaßnahmen zu dringen.

Sofern dies keinen Erfolg zeige, sei zu prüfen, ob durch die Baumaßnahmen der Tatbestand der Verunstaltung baulicher Anlagen im Sinne des § 3 Absatz 3 Niedersächsische Bauordnung erfüllt sei und entsprechend mit bauaufsichtlichen Mitteln eingeschritten werden könne. Er gibt allerdings zu bedenken, dass für die Rechtfertigung eines solchen Einschreitens sehr hohe Anforderungen erfüllt werden müssten, weil dies einen Eingriff in privates Eigentum

bedeuten würde und dieses unter einem hohen Schutz stehe. Für ein Einschreiten bestünden demnach seitens der Stadt Osnabrück kaum rechtliche Möglichkeiten.

Deshalb solle zunächst versucht werden, in einem persönlichen Gespräch mit den Eigentümern auf eine Verbesserung der Situation hinzuwirken.

3. Stadtentwicklung im Dialog (TOP 3)

Seitens des Fachbereiches Städtebau gibt es keine aktuellen Vorhaben.

4. Anregungen und Wünsche (TOP 4)

4 a) Leerstand von Wohnungen

Eine Bürgerin berichtet, dass teilweise Wohnungen leerstehen, weil es von den Vermietern so gewollt sei. In einigen Kommunen mit extrem angespannter Wohnungssituation (z. B. Hamburg) sei es möglich, leerstehende Wohnungen der Verwaltung zu melden, falls es einem auffällt.

Frau Strangmann dankt für die Anregung. Es gebe auch Programme, mit denen versucht werde, die Wohnungssituation zu entspannen, z. B. „Jung und Alt im Wohnungstausch“.

4 b) Schinkeler Friedhof: Beschädigte Regenrinne am Eingang

Herr Siefke berichtet, dass im Eingangsbereich zum Friedhof ein Teil der Abdeckung der Regenrinne fehlt und eine Person mit Rollator in der Lücke hängen bleiben könnte.

4 c) Weberstraße: Oberflächenentwässerung

Der Vorsitzende des Kleingärtnervereins Weseresch berichtet über Probleme bei der Oberflächenentwässerung in der Weberstraße. An einer Seite der Straße wurde ein Bordstein gesetzt. Nun läuft das Oberflächenwasser in eine Senke und weiter in die Kleingärten. Die Schachtdeckel kommen hoch und die Wege werden überschwemmt. Die Kanalschächte an der gegenüberliegenden Straßenseite seien zum Bereich der Kleingärten hin angeschlossen, da habe es offenbar eine schlechte Planung gegeben. Er habe bereits Kontakt zum Osnabrücker ServiceBetrieb (Abteilung Straßenunterhaltung, Frau Bünte) aufgenommen und bittet die Verwaltung darum, sich um diese Probleme zu kümmern.

4 d) Sammelbehälter für Laub

Ein Bürger berichtet, dass jetzt im Herbst z. B. an der Mindener und Belmer Straße viel Laub von den großen Bäumen herabfällt und fragt, ob dort für einen bestimmten Zeitraum Sammelbehälter für Laub aufgestellt werden können.

Frau Strangmann führt aus, dass der Betriebsausschuss Osnabrücker ServiceBetrieb, in dem sie Mitglied ist, sich bereits mit dem Thema beschäftige, da es im letzten Jahr einen entsprechenden Vorschlag gegeben habe. Solche Körbe müssten eine bestimmte Größe und auch einen großen Einwurfbereich haben. Eine Abfrage bei anderen Kommunen habe ergeben, dass die dort aufgestellten Laubkörbe in hohem Maße mit Restmüll verunreinigt waren bzw. andere Wertstoffe hineingeworfen wurden. Es habe sich gezeigt, dass damit ein enormer Aufwand für die Entsorgung verbunden sei. Dennoch werde sie die Anregung an den OSB weitergeben.

4 e) Straßenbäume an der Tannenburgstraße

Eine Bürgerin berichtet, dass von den Bäumen an der Tannenburgstraße seit einigen Jahren Früchte herabfallen, die einen hundekotähnlichen Geruch verströmen.

Anmerkung der Verwaltung zum Protokoll:
Bei den Bäumen in der Tannenburgstraße handelt es sich um Ginkgo-Bäume, eine der ältesten Baumarten der Welt, die zur Jahrtausendwende zum *Baum des Jahrtausends* gewählt worden.

Die Bäume unterschiedlichen Geschlechts (es gibt männliche und weibliche Bäume) sind bis zur Fruchtung, die erst im Alter zwischen 20 und 35 Jahren erfolgt, äußerlich kaum voneinander zu unterscheiden. Die Früchte des weiblichen Baumes entwickeln dann den beschriebenen unangenehmen Geruch (Buttersäure).

Frau Strangmann dankt den Besucherinnen und Besuchern des Bürgerforums Gartlage, Schinkel (-Ost), Widukindland für die rege Beteiligung und den Vertretern der Verwaltung für die Berichterstattung.

gez. Hoffmann
Protokollführerin

Anlage
- Bericht aus der letzten Sitzung (zu TOP 1)

TOP 1

Bericht aus der letzten Sitzung

für das Bürgerforum Gartlage, Schinkel (-Ost), Widukindland am Mittwoch, 22.10.2013

a) Wissinger Straße: Pflegezustand Grünstreifen, zugewachsener Bahndamm (TOP 2b aus der letzten Sitzung am 27.02.2013)

Der Osnabrücker ServiceBetrieb teilt mit, dass zum Rückschnitt von Ästen und Büschen zwischenzeitlich eine vertragliche Vereinbarung mit der Deutschen Bahn AG getroffen wurde *(siehe auch TOP 2d der heutigen Sitzung).*

b) Sicherer Schulweg zur Stüveschule: Forderung eines Zebrastreifen an der Kreuzung Tannenburg-/Kreuzstraße (TOP 2d aus der letzten Sitzung)

Eltern von Schulkindern der Stüveschule haben im Herbst 2012 an die Verwaltung den Wunsch herangetragen, den Kindern durch bauliche Maßnahmen einen sicheren Schulweg zu gewährleisten. Das Thema wurde bereits im Bürgerforum Gartlage, Schinkel (-Ost), Widukindland diskutiert.

In der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt am 19.09.2013 wurde die Verwaltung beauftragt, die Situation noch einmal zu überprüfen. Die Verwaltung erarbeitet derzeit Lösungsvorschläge. Diese werden nach verwaltungsinterner Abstimmung dem Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt vorgelegt und anschließend im Bürgerforum vorgestellt.

c) Sammelbehälter für Altkleider usw. an der Straße Im Fange (TOP 2f aus der letzten Sitzung)

In der Sitzung war über die Aufstellung von Sammelcontainern für Altkleider diskutiert worden.
Hierzu teilt der Osnabrücker ServiceBetrieb (OSB) folgenden Sachstand mit:

Der OSB ist im Gesamtthema der illegalen Altkleidercontainer kontinuierlich aktiv und hat in den letzten Wochen wieder einmal knapp 30 illegal aufgestellte Altkleiderbehälter eingezogen.

Der Altkleiderbehälter der Firma Humana am Standort „Im Fange“ war leider noch nicht mit dabei: Die Firma Humana hat gemäß Kreislaufwirtschaftsgesetz eine gewerbliche Sammlung angezeigt. Nach neuester Rechtsprechung ist eine solche Sammlung (auf nichtstädtischen Grundstücken) kaum zu verhindern. Zwischenzeitlich wurden die Aktivitäten des OSB gegen die Firma Humana eingestellt, da ein diesbezügliches Gerichtsverfahren anhängig war. Das Verfahren wurde zwischenzeitlich eingestellt. Für den Standort „Im Fange“ (städtisches Grundstück) ist Humana nun erneut aufgefordert worden, den Altkleiderbehälter abzuholen. Die Frist endet am 25.10.2013. Humana hat allerdings die Möglichkeit, Stellung zum Sachverhalt zu beziehen, was wiederum eine Fristverschiebung bedeuten kann. Leider konnte der OSB in diesem Fall noch keine zufriedenstellende Lösung erreichen.

d) Straße am Bahndamm: Verhinderung des verbotswidrigen Befahrens von Kfz zur Abkürzung mit teilweise hohem Tempo (TOP 2h aus der letzten Sitzung)

In der Sitzung war angekündigt worden, die Straße Am Bahndamm durch eine Pollerreihe dauerhaft voll zu sperren, so dass Durchgangsverkehr nicht mehr möglich sein wird.

Die Verwaltung teilt nun mit: An dieser Stelle wird statt der vorgeschlagenen Poller ein

Schwenkbügel installiert, die Ausführung erfolgt in der 42./43. KW (Mitte/Ende Oktober).

e) Containerstandort am Parkplatz des Schinkeler Friedhofs (TOP 2g aus der letzten Sitzung)

In der Sitzung war über Verunreinigungen im Bereich der Altglascontainer am Parkplatz des Schinkeler Friedhofs und am Durchgang zum E-Center berichtet worden.

Der Osnabrücker ServiceBetrieb (OSB) teilt mit, dass der Containerstandort Schinkeler Friedhof seither zwei bis dreimal die Woche gereinigt wird.

Zusätzlich führen die Kolleginnen und Kollegen, die auf dem Friedhof tätig sind, Kontrollen durch, werfen nebenstehende Flaschen ein oder fegen Scherben auf.

Dieser Platz ist also unter enger Kontrolle. Illegale Ablagerungen kommen dennoch vor, werden aber umgehend beseitigt.

Nach Einschätzung des OSB nach hat sich der Zustand erheblich verbessert.

Eine Rücksprache mit der Leitung des benachbarten Edekamarktes hat Folgendes ergeben: Der ebenfalls in der Sitzung des Bürgerforums angesprochene Weg vom Parkplatz zum Edekamarkt wurde sechs Mal jährlich durch den Edekamarkt freigeschnitten und gereinigt. Der Reinigungsturnus wird nach Rücksprache nunmehr auf monatlich erhöht.

f) Grünanlage an der Buersche Straße Nr. 84 (TOP 4c aus der letzten Sitzung)

In der letzten Sitzung wurde von einem Bürger berichtet, dass nach einem Verkauf auf dem Gelände Abholzungen durchgeführt wurden, obwohl im Bebauungsplan eine Kennzeichnung als Grünfläche besteht.
Die Verwaltung teilt Folgendes mit:

Die betreffende Fläche ist im rechtskräftigen Bebauungsplan Nr. 460 - Rotenburger Straße - als öffentliche Grünfläche ausgewiesen. Bei der Ausweisung handelte es sich seinerzeit um ein anzustrebendes Planungsziel. Dieses konnte jedoch nicht umgesetzt werden, da es sich um eine private Fläche handelt. Einzelne Bäume auf dieser Fläche sind im Bebauungsplan nicht als zu erhalten festgesetzt und insofern auch nicht besonders geschützt. Eine Bebauung der im Bebauungsplan festgesetzten Grünfläche an der Buerschen Straße ist nicht vorgesehen.

Im Rahmen des geplanten Umbaus des ehemaligen Bunkers im rückwärtigen Bereich musste die Zufahrt zum Grundstück neu geregelt werden. Die Nutzung des benachbarten Fuß- und Radweges für diesen Zweck wurde von der Verwaltung abgelehnt, damit der Weg auch weiterhin ausschließlich Fußgängern und Radfahrern vorbehalten bleibt. Daher soll eine Zufahrt in einer Breite von ca. 3,50 m auf dem als Grünfläche ausgewiesenen Grundstück direkt neben dem öffentlichen Weg erfolgen. Hierzu soll eine Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes erteilt werden.

g) Hydranten auf Parkflächen (TOP 4d aus der letzten Sitzung)

In der letzten Sitzung war berichtet worden, dass Unterflurhydranten auf Parkstreifen eingebaut werden und somit im Notfall der Zugang durch parkende Kfz versperrt sein kann.
Hierzu nehmen die Stadtwerke Osnabrück AG wie folgt Stellung:

Generell werden in Osnabrück Unterflurhydranten eingebaut. Diese werden in Abständen von bis zu 300 m (DVGW Regelwerk W 405), die mit der Osnabrücker Feuerwehr abgestimmt sind, angeordnet. Die Lage der Hydranten ist abhängig von der Lage der Hauptlei-

tungen und der durch das Regelwerk vorgegeben Abstände. Die Anordnungen der Hydranten werden so geplant, dass die Belastungen für die Straßenkappen möglichst gering und die Zugänglichkeit der Hydranten gegeben ist.

Seitens der Feuerwehr Osnabrück sind den Stadtwerken keine Beschwerden diesbezüglich der Erreichbarkeit von Hydranten bekannt.

h) Neubau der Brücke Hamburger Straße (TOP 4e aus der letzten Sitzung)

Die Verwaltung teilt folgenden aktuellen Sachstand mit:

Die Brücke Hamburger Straße hat vor wenigen Jahren eine provisorische Verstärkung erhalten. Der Brückenzustand wird in regelmäßigen Abständen überprüft.

Am 21. und 22.09.2013 hat die Verwaltung eine Brückenprüfung an der Hamburger Straße durchgeführt mit dem vorläufigen Ergebnis, dass die Brücke in einem sehr schlechten Zustand ist.

Die genaue Auswertung läuft im Moment noch, es ist aber durchaus möglich, dass eine Gewichtsbeschränkung für LKW angeordnet werden muss.

Eine Erneuerung der Brücke wird frühestens 2016 möglich sein, da vorher keine Genehmigung von der DB-AG zur Gleissperrung erteilt wird, um einen Ersatzneubau durchführen zu können.